

Enttäuschte Erwartungen: Deutsche bewerten Regierungsbilanz überwiegend negativ

Fortschritte bei der Bundeswehr, Rentensicherheit bleibt Sorgenfaktor

Hamburg, 9. Dezember 2025 – Aus Sicht der Deutschen hat sich unter Schwarz-Rot die Situation in nahezu allen zentralen Politikfeldern eher verschlechtert als verbessert. Lediglich im Bereich der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr überwiegt der Anteil derer, die eine Verbesserung wahrnehmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle, repräsentative Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts Ipsos.

Bereits im Juni hat Ipsos die Menschen in Deutschland gefragt, ob sie in ausgewählten Politikfeldern eher Verbesserungen oder Verschlechterungen unter der neuen Regierung erwarten. Die aktuelle Umfrage macht deutlich, dass die Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz die ohnehin geringen Erwartungen nicht erfüllen konnte.

Lichtblick Bundeswehr: Ein Drittel sieht verbesserte Einsatzfähigkeit

33 Prozent der Befragten haben den Eindruck, dass sich die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung seit dem Amtsantritt der schwarz-roten Regierung verbessert hat. Von einer Verschlechterung in diesem Bereich sprechen hingegen nur 26 Prozent. In keinem anderen Bereich wird die Arbeit der Bunderegierung so positiv bewertet, wenngleich die Erwartungen zu Beginn der Legislaturperiode noch deutlich höher waren. Damals rechneten 53 Prozent der Befragten mit Verbesserungen in diesem Bereich.

Migration und Sicherheit: Regierung bleibt hinter den Erwartungen zurück

Trotz verschärfter Grenzkontrollen und eines härteren Kurses in der Migrationspolitik konnten die Erwartungen hinsichtlich der Kontrolle von Migration und Asyl nicht erfüllt werden. Nur 29 Prozent der Deutschen würden sagen, dass auf diesem Gebiet eine Verbesserung unter Schwarz-Rot erzielt wurde – das sind 16 Prozentpunkte weniger als im Juni erwartet. 40 Prozent der Bundesbürger nehmen sogar eine Verschlechterung der Situation wahr. Auch im Bereich der inneren Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung liegt der Anteil derer, die Verbesserungen sehen, unter den Erwartungen vom Juni 2025 (-16 pp).

Wirtschaft enttäuscht am stärksten, Bürokratie bleibt Bremse

Die größte Diskrepanz zwischen den Erwartungen im Juni und der aktuellen Einschätzung gibt es bei der Frage, ob der Wirtschaftsstandort Deutschland durch die schwarz-rote Bundesregierung gestärkt wurde. Lediglich 15 Prozent der Befragten stimmen dem zu – 27 Prozentpunkte weniger als im Juni erwartet. Trotz des verabschiedeten Rekordhaushalts für 2026 sieht eine knappe Mehrheit der Bevölkerung (51 %) sogar Rückschritte in diesem Bereich. Beim Abbau der Bürokratie hinkt die Bundesregierung den anfänglichen Erwartungen um 15 Prozentpunkte hinterher: Nur 13 Prozent der Deutschen sehen hier Veränderungen zum Positiven, während 41 Prozent Verschlechterungen erleben. Ebenfalls 41 Prozent haben seit dem Amtsantritt keine Veränderungen bemerkt.

Größte Sorgenfelder bleiben Rente, Armut und Wohnen

Auch bei sozialen Themen konnten die Erwartungen nicht erfüllt werden, obwohl der Blick in die Zukunft bereits im Juni eher verhalten ausfiel. Nur 11 Prozent der Deutschen glauben, dass unter Schwarz-Rot bei der Sicherung der Rente Fortschritte erzielt wurden – das sind 9 Prozentpunkte weniger als im Juni erwartet. Mehr als die Hälfte der Befragten (53 %) nimmt eine Verschlechterung wahr. Noch pessimistischer wird die Situation bei der Armutsbekämpfung und beim Wohnungsbau beurteilt: Lediglich 7 Prozent sehen eine Verbesserung bei der Armutsbekämpfung, 8 Prozent bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – beide Werte liegen jeweils elf Prozentpunkte unter dem Erwartungswert vom Juni.

Deutsche sehen Verschlechterungen in fast allen Politikbereichen

„Würden Sie sagen, dass unter der Regierung aus CDU/CSU und SPD bisher Verbesserungen oder Verschlechterungen in den folgenden Bereichen erzielt wurden?“

Unterschied zu
Erwartungen im Juni



■ Hat sich verbessert (1 bis 3) ■ Ist gleich geblieben (0) ■ Hat sich verschlechtert (-1 bis -3)

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 28.11. bis 30.11.2025. Fehlende Prozent zu 100%: Weiß nicht/Keine Angabe.



Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde vom 28. bis 30. November 2025 durchgeführt.

Kontakt

Dr. Robert Grimm
Ipsos Politik- und Sozialforschung
robert.grimm@ipsos.com
+49 160 2520275

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Sozialforschungsunternehmen der Welt mit etwa 20.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt.

In Deutschland ist Ipsos mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Nürnberg, München, Frankfurt und Berlin.

Die Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt. Ipsos hat die große Bandbreite von Lösungsansätzen in 12 Service Lines zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD). ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | [Ipsos Wahl- und Meinungsumfragen](#)

Auszug aus dem Fragebogen

Würden Sie sagen, dass unter der Regierung aus CDU/CSU und SPD bisher Verbesserungen oder Verschlechterungen in den folgenden Bereichen erzielt wurden?

Bitte nutzen Sie, um Ihre Antwort abzustufen, die Skala von -3 (hat sich verschlechtert) bis 3 (hat sich verbessert).

Reihen:

- 1) Vorantreiben der Digitalisierung
- 2) Abbau von Bürokratie
- 3) Reduktion von Wartezeiten bei Fachärzten
- 4) Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- 5) Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland
- 6) Verbesserung der inneren Sicherheit und Bekämpfung von Kriminalität
- 7) Kontrolle von Migration und Asyl
- 8) Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung

- 9) Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur
- 10) Sicherung der Renten
- 11) Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz
- 12) Bekämpfung von Armut

Spalten:

(-3) Hat sich verschlechtert

(-2)

(-1)

(0) Ist gleich geblieben

(1)

(2)

(3) Hat sich verbessert

(98) Weiß nicht

(99) Keine Angabe